

Berichte

Ergebnisse des Forschungsprojektes „Kontroversen über Gewalt und gesellschaftlichen Wandel“

Christian Alexander Widmann

Das Forschungsprojekt „Kontroversen über Gewalt und gesellschaftlichen Wandel. Der Protestantismus und die politisch motivierte Gewaltanwendung in den 1960er und 70er Jahren“ wurde von Februar 2008 bis März 2011 unter der Leitung von Claudia Lepp an der Ludwig-Maximilians-Universität München durchgeführt und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert. Das Projekt zielte darauf ab, die Auseinandersetzungen im deutschen Protestantismus hinsichtlich der sogenannten „Gewaltfrage“ darzustellen und ihre kirchliche wie gesellschaftliche Bedeutung und Funktion aus kirchen- und kulturgeschichtlicher Perspektive zu analysieren. Dabei zeigten sich u. a. folgende Ergebnisse:

Wie in der Arbeitshypothese vermutet, war die immer bezugsreicher werdende Gewaltdebatte ein nicht nur Theologen und Sozialethiker interessierender akademischer Reflexionsgegenstand. In ihr konzentrierten sich vielmehr all' jene gesellschaftlichen Konflikte, die in Bezug auf eine Neuaustarierung des Verhältnisses von Politik und Religion im geteilten Deutschland der 1960er und 1970er geführt wurden. Der Kalte Krieg und der im Zuge der Entkolonialisierung damit verschränkte Nord-Süd-Gegensatz bildeten einen globalen Diskursrahmen, in dem seit der Genfer Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft 1966 zunächst die nicht-katholische Ökumene und

wenig später auch die Studentenbewegung die Gewaltfrage transnational diskutierten. In der Bundesrepublik gewann die Frage an dramatischer Brisanz, als linksterroristische Gruppen wie die „Bewegung 2. Juni“ oder die „Rote Armee Fraktion“ die Gewaltdebatte zu einem innenpolitischen Thema machten. Als Reaktion auf den internationalen Terrorismus kam es auch in anderen Ländern zu Polarisierungen wegen der ökumenischen Unterstützung gewaltbereiter Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt. Der informelle Gedankenaustausch, den die Evangelische Kirche in Deutschland mit dem 1969 gegründeten Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR darüber führte, machte jedoch deutlich, weshalb sich die Gewaltfrage gerade im deutschen Protestantismus als der frei liegende Nerv einer Politisierung von Religion und einer Moralisierung von Politik entpuppte.

Während die evangelischen Kirchen in West- und Nordeuropa diese Frage „offener“, angesichts der Erinnerung an die nationalsozialistische Okkupationsherrschaft in vielen dieser Länder aber nicht unbedingt „nüchterner“, diskutierten, drehte sich die deutsche Debatte fast immer darum, wie sich die evangelischen Kirchen in der NS-Zeit verhalten hatten und welche „Lehren“ aus der jüngeren deutschen Geschichte gezogen werden sollten. Im geschichtspolitisch umkämpften Reformationsjubiläumsjahr 1967 propagierten westdeutsche „Linksprotestanten“ darüber hinaus die These vom deutschen „Sonderweg“, den sie mit der antirevolutionären lutherischen Tradition seit 1517 begründeten. Daraus folgerten sie die Notwendigkeit einer revolutionären, fortan „Politischen Theologie“. Die in der ökumenischen Debatte über eine „Theologie der Revolution“ nur beiläufig thematisierte Zwei-Reiche-Lehre sollte

damit ebenso „transzendiert“ werden wie das protestantische Gehorsamsgebot gegenüber staatlichen Obrigkeiten (Römer 13, 1–7).

Inmitten der Studentenunruhen warf der linkspolitisierte Teil der evangelischen Jugend den ehemaligen „Kirchenkämpfern“ vor, dem Nationalsozialismus zwar theologisch, nicht aber politisch widerstanden zu haben. Letztere reagierten wiederum ambivalent auf die Außerparlamentarische Opposition und den Protest, den Studenten in kirchliche Gottesdienste trugen. Für die Einen handelte es sich dabei um gerechtfertigte, bisweilen nur zu provokant vorgetragene Aktionen, die letztlich auf eine Erneuerung des institutionell verknöcherten Christentums abzielten. Für die Anderen beinhaltete die von jungen Protestanten mitgetragene „Bewegung“ nicht nur die Gefahr gewaltsamer Straßenkämpfe wie gegen Ende der Weimarer Republik, sondern auch eine Neuauflage des DC-Christentums – nur unter diesmal linken Vorzeichen. Derartige Befürchtungen hegten auch den Studenten gegenüber wohlgesinnte, von den eigenen Lebenserfahrungen mit Krieg, Ideologie und Gewalt jedoch schwer gezeichnete Theologen wie der Heidelberger Sozialethiker Heinz-Eduard Tödt. Bezeichnenderweise konzentrierte sich die sowohl in der west- als auch ostdeutschen Debatte laut gewordene akademische Kritik an einer „Theologie der Revolution“ weniger auf ihre sozialetischen als vielmehr geschichtstheologischen, eine eschatologische Romantisierung von Krieg und Gewalt beinhaltenden Aspekte.

In Anlehnung an das Eisenacher Friedenswort der EKD von 1948 und Dietrich Bonhoeffers – häufig fehlinterpretierten – Weg vom „Kirchenkampf“ in den politischen Widerstand stellten die

Kirchenleitungen daher immer wieder klar, die „Theologie der Reformation“ könne selbst moralisch gerechtfertigt erscheinende „Gegengewalt“ nicht segnen. In diesem Sinne erklärte die VELKD, es sei ebenso illegitim, die individuelle christliche Entscheidung zum bewaffneten Widerstand gegen ein Unrechtsregime per se zu verwerfen. Die historische Bedeutung dieser Erklärung wurde in der hitzigen Debatte um das Antirassismusprogramm des Ökumenischen Rates der Kirchen und die Verwendung von Kirchensteuern jedoch kaum entsprechend gewürdigt. Denn in der Beurteilung des Sonderfonds ging durch den deutschen Protestantismus ein Riss, der quer zur Alters- und Bekenntniszugehörigkeit verlief. Der dabei ständig wieder aufflackernde Streit um das Erbe des „Kirchenkampfes“ wäre aber auch mit dem politischen Rechts-Links-Muster kaum hinreichend beschrieben. Auffällig war allerdings das Bündnis junger „Linksprotestanten“ mit den älteren „Linksnationalen“ um Martin Niemöller: Im Rückblick auf die 1950er Jahre und den EKD-internen Streit um die westdeutsche Wiederbewaffnung und Westbindung unterstellten sie dem aktuellen Führungspersonal, in der Gewaltfrage zweierlei Maß anzuwenden. Mit ihrem Einsatz zugunsten einer gewaltfreien Entkolonialisierung protegiere die EKD lediglich die unterdrückende Gewalt der Weißen, schließlich profitiere die kirchensteuerfinanzierte „Volkskirche“ selbst von den Gewinnen, die westdeutsche Unternehmer in „NATO-Kolonien“ wie Südafrika erzielten und in der Bundesrepublik dann versteuerten.

Die Auseinandersetzungen über „strukturelle“ Gewalt und „Gegengewalt“ waren somit immer auch Stellvertreterdebatten über die eigene politische Ordnung. Während ostdeutsche Protestanten die in der Ökumene diskutierte Haltung zum „Befreiungskampf“ der

Dritten Welt mit der brisanten Menschenrechtssituation im eigenen Staat in Beziehung setzten und dabei die politische Rolle der „Kirche im Sozialismus“ kontrovers diskutierten, nutzen westdeutsche „Linksprotestanten“ wie auch deren konservative Widersacher „Gewalt“ als politischen Kampfbegriff und übertrugen ihn in erweiterter Form auf die von ihnen beargwöhnten Beharrungskräfte oder Umbrüche in der westdeutschen Gesellschaft der „langen“ 1960er Jahre. Angesichts seiner Jahrhunderte alten obrigkeitstgläubigen Tradition waren die Gewalt-Kontroversen für den deutschen Protestantismus insgesamt sehr wichtige, wenn nicht gar entscheidende Etappen auf seinem langen, gewiss schmerzhaften und mit der Demokratiedenkschrift der EKD¹ gewiss nur vorläufig abgeschlossenen Weg in die Demokratie. Seine konstante Versuchung, vorgefasste eigene Meinungen unmittelbar mit der Bibel zu begründen und sie zum politischen Dogma zu erheben, blieb – wie der moralische Rigorismus der beiden Friedensbewegungen in den 1950er und 1980er Jahren es belegt – von diesem Positivum allerdings unberührt. Einige Debattenzweige entfernten sich zudem recht weit von den Normen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, etwa der zum Ruf nach revolutionärer „Praxis“ degenerierte christlich-marxistische „Dialog“, die politisch konservative und „bekenntnistreue“ evangelikale Kritik an der sozialliberal „unterwanderten“ EKD oder die in der ESG kultivierten und in vielen evangelischen Medien artikulierten Erklärungsmuster für die im „Spätkapitalismus“ liegenden „eigentlichen“ Ursachen linksterroristi-

1 *Kirchenamt der EKD* (Hg.): *Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland.* Gütersloh 1985.

scher Gewalt in der Bundesrepublik. Angesichts auffallend hoher protestantischer „Sympathie“-Werte für die RAF räumte der Rat der EKD daher auch eine evangelische Mithaftung für die Geschehnisse im „Deutschen Herbst“ 1977 ein und bekräftigte sein Ja zur rechtsstaatlich gebundenen Demokratie.

Hinsichtlich des gesellschaftlichen Einflusses, den die protestantischen Gewaltdebatten zweifellos zeitigten, etwa die gewachsene Sensibilität gegenüber den Problemen der Dritten Welt, liefert der obige Demokratisierungsbefund aber nur Teilantworten auf die kirchengeschichtlich ohnehin nicht mehr in einem Guss beantwortbare Frage nach den Wechselwirkungen der beiden beweglichen Größen „Protestantismus“ und „Gesellschaft“. Schließlich wirkte der mehrförmige Protestantismus nicht einfach auf die sich pluralisierende und entkirchlichende Gesellschaft, und Letztere wiederum nicht einfach auf den bzw. die Protestantismen².

Das öffentliche Erscheinungsbild der evangelischen Kirche nahm durch die Gewaltdebatten insgesamt schweren Schaden. Mit Diskussionen anregenden Stellungnahmen zu tages- und weltpolitischen Themen, etwa zu den Osterunruhen 1968 und deren Ursachen, lösten die Kirchen im Anschluss an den gesellschaftlichen Tabubruch, den die Ostdenkschrift der EKD 1965 bewirkt hatte, jedoch nur das ein, was seit Ende der Adenauer-Ära immer lauter von ihnen gefordert wurde, nämlich eine „Hinwendung zur Welt“ und deren Problemen. Der von innerprotestantischen Polarisierungen

2 *Ruddies*, Hartmut: Protestantismus und Demokratie in Westdeutschland. In: Lepp, Claudia / Nowak, Kurt (Hg.): *Evangelische Kirche im geteilten Deutschland (1945–1989/90)*. Göttingen 2001, 206–227, 214–216.

begleitete Liberalisierungsprozess stand jedoch im Schatten der postkonziliaren Aufbruchstimmung im Katholizismus. Infolge der dadurch medial unterbelichteten Genfer Weltkonferenz 1966 griffen konservative und liberale Medien die „Theologie der Revolution“ erst im Kontext der Studentenunruhen schlagwortartig auf, reduzierten diese auf „Politisierung“ und Gewaltbejahung und warfen den um Verständnis für die Belange der Studenten werbenden Kirchen vor, ihre seelsorgerlichen Pflichten zu vernachlässigen und sich angesichts der Entkirchlichung nur dem linken Zeitgeist anzubiedern. In der von CDU-nahen Protestanten 1973/74 mit entfachten Debatte um eine politisch-kulturelle „Tendenzwende“ in der Bundesrepublik hieß es dann, die Kirche werde die Geister nicht mehr los, die sie 1966 gerufen habe. Aufgrund ihrer im Vergleich zu den 1960er Jahren stark zurückgehenden medialen Präsenz sorgten die in Teilen auch selbst verschuldete Debatte über „Pfarrer, die dem Terror dienen“ und der nicht enden wollende „Antirassismusstreit“, in den sich Mitte der 1970er Jahre auch die global vernetzte Gegenbewegung der Evangelikalen einschaltete, für gravierende Negativschlagzeilen.

Die Gewaltdebatte belastete die evangelische Kirche letztlich in beiden deutschen Staaten mit Glaubwürdigkeitsproblemen. Um dem Verdacht einer politisierenden Kirche nicht weiter Vorschub zu leisten, lehnte der Rat der EKD selbst harmlose Solidaritätsaktionen wie den gegen Südafrika gerichteten Früchteboykott der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland ab. Seine auf Versöhnung und Ausgleich setzende, im politisierten ÖRK deswegen kritisierte Strategie einer gewaltlosen Überwindung der Apartheid wurde damit noch viel schwerer vermittelbar. Kirchliche Dritte-Welt-Gruppen verfiengen sich wiederum selbst in den Fallstricken ihrer gesellschafts-

kritisch motivierten Zusammenarbeit mit gewaltbereiten Linken. Und auch der ostdeutsche Kirchenbund wehrte sich gegen den in der Bundesrepublik laut gewordenen, den kirchenpolitischen Umständen in der DDR aber nicht gerecht werdenden Vorwurf, mit seiner Haltung im Antirassismusstreit nur willfähriger Diener des Staates zu sein. Entgegen offizieller kirchlicher Darstellungen war das von der SED instrumentalisierte Programm auch in den ostdeutschen Landeskirchen sehr umstritten. In den Kirchengemeinden erhob sich unverhohlenen Protest gegen den Sonderfonds – dies obwohl die westdeutsche Kirchensteuerproblematik in der atheistischen DDR überhaupt nicht gegeben war. Die in der EKD gehegte Befürchtung, der BEK beurteile die Gewaltfrage theologisch anders, konnte in gemeinsamen Konsultationen schließlich ausgeräumt werden. Helmut Gollwitzers Forderung, die Augustinische Lehre eines *bellum iustum* als *revolutio iusta* wiederzubeleben, stieß auch bei ostdeutschen Kirchenvertretern einhellig auf Ablehnung. Beide Seiten kamen Ende der 1970er Jahre zwar zur Erkenntnis, dass die deutsche Teilung zu einer unterschiedlichen theologischen Anpassung an die jeweilige gesellschaftliche Entwicklung geführt hatte. Das aus den Gesprächen über Gewalt und Revolution wieder gestärkt hervorgegangene Bewusstsein über den gemeinsamen nationalen Erfahrungshorizont blieb von den differierenden politischen Wahrnehmungsmustern allerdings unberührt. Angesichts der aufkommenden Debatte über eine Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen im geteilten Europa stellten EKD und BEK fortan wieder die zwischenstaatliche Gewaltfrage in den Mittelpunkt ihrer gemeinsamen Beratungen.

Aus dem Projekt hervorgegangene Publikationen:

Lepp, Claudia: Gewalt und gesellschaftlicher Wandel. Protestantische Kontroversen über politisch motivierte Gewaltanwendung in den 1960er und 1970er Jahren. In: *Historisches Jahrbuch* 128 (2008), 523–539.

Dies.: Protestantismus und gesellschaftlicher Wandel. Die Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland während der 1960er und 70er Jahre im Fokus der kirchlichen Zeitgeschichtsforschung. In: *Pastoraltheologie* 98 (2009), 507–512.

Widmann, Christian Alexander: Der „Linksprotestantismus“ und die evangelischen Kirchen in den 1960er und 1970er Jahren. In: Baumann, Cordia / Gehrig, Sebastian / Böhse, Nicolas (Hg.): *Linksalternative Milieus und Neue Soziale Bewegungen. Außerparlamentarischer Protest und mediale Inszenierung in den 1970er Jahren in der Bundesrepublik und Westeuropa (Akademie-Konferenzen 5)*. Heidelberg 2011, 211–236.

Ders.: Vom Gespräch zur Aktion? Der „christlich-marxistische Dialog“ und die Politisierung des Protestantismus in den 1960er und 70er Jahren. In: Klaus Fitschen u. a. (Hg.): *Die Politisierung des Protestantismus in der Bundesrepublik während der 1960er und 70er Jahre (AKiZ B 52)*. Göttingen 2011, 121–149.

Ders.: *Wandel mit Gewalt? Der deutsche Protestantismus und die politisch motivierte Gewaltanwendung in den 1960er und 1970er Jahren (AKiZ B 56)*. Göttingen 2012 [in Bearbeitung].